

Die Stunde für vergleichende Soziologie

Nikolai Genov, Berlin

Die Fragestellung

Eine vergleichende Herangehensweise ist nicht neu in der Soziologie. Der soziologische Evolutionismus von Comte und Spencer hat die historischen Vergleiche wie die vergleichende Untersuchung von Gesellschaften auf ein und derselben evolutionären Stufe zum zentralen Gegenstand seines Interesses gemacht. Die Erforschung von Etappen der Modernisierung nach dem Zweiten Weltkrieg hatte in ihrem Hintergrund dieselbe Leitidee. Das typologische Herangehen von Max Weber bleibt ein Musterbeispiel für theoretisch geleitete Vergleiche sozialer Institutionen. Die soziologischen Strukturalisten konnten ihre synchronischen und diachronischen Rekonstruktionen geschichtlicher Prozesse nur mithilfe der vergleichenden Forschungsmethode zu Stande bringen. So gesehen, kann man ohne weiteres die kognitive Entwicklung der Soziologie als ein Ergebnis der Kontinuität und Veränderung der vergleichenden Forschung darstellen. Einflussreiche Veröffentlichungen bestätigen diesen Eindruck (Inglehart/Sasaki 1996).

Der Eindruck ist allerdings nur teilweise korrekt und kann zu Fehlinterpretationen verleiten. Sowohl in ihren theoretischen Prämissen als auch in den beabsichtigten und unbeabsichtigten praktischen Konsequenzen der Forschung ist die Soziologie vor allem in einen nationalstaatlichen Rahmen eingebettet. Das bedeutet konkreter, dass die Idee einer nationalstaatlich organisierten Gesellschaft im Zentrum der soziologischen Theoriebildung und der empirischen Forschung gewesen ist und in vielen Fällen noch bleibt. Das impliziert unter anderem die Entwicklung von starken nationalen soziologischen Traditionen, die lange Zeit die Soziologie dominiert haben. Nicht zuletzt ist die Finanzierung der soziologischen Bildung und Forschung immer noch vor allem an nationalstaatliche Quellen gebunden. Im Unterschied zu den internationalisierten Naturwissenschaften sind die Sozialwissenschaften generell, und die Soziologie im Besonderen, auch von nationalen wirtschaftlichen sowie politischen Bedingungen wie kulturellen Traditionen wesentlich abhängig.

Der soziale wie kognitive Rahmen der Entwicklung der Soziologie ändert sich aber schnell. Die Kompression des sozialen Raumes und der Zeit im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung relativiert die nationalen politischen wie kulturellen Grenzen. Die internationalen Märkte und viele Umweltrisiken respektieren solche Grenzen kaum. Die sich globalisierende Welt wird immer homogener im Sinne der Verbreitung derselben, von den globalen Medien vermittelten Denk- und Verhaltensmuster. Die politischen und ideologischen Barrieren, die bis vor kurzem die weltweit vergleichende empirische Forschung behinderten, sind nicht mehr da oder sind zumindest stark reduziert worden. Sollen diese Veränderungen zur Herausbildung eines mehr

oder weniger homogenen Gegenstandes der Soziologie führen, nämlich der Weltgesellschaft, deren soziologische Erforschung nur hoch universalisierte theoretische Modelle und empirische Methoden voraussetzt?

Die Antwort ist eindeutig und negativ. Zusammen mit der globalen Homogenisierung entwickeln und vertiefen sich auch lokale, nationale und regionale Differenzen. Sie festzustellen und zu erklären ist nicht weniger wichtig für die Soziologie als die genaue Beschreibung und Erklärung von globalen und regionalen sozialen Trends. Tatsächlich lassen sich sowohl die allgemeinen Züge der Globalisierung als auch die sich in diesem homogenisierenden Prozess herausbildenden Differenzen am besten durch Vergleiche feststellen, erklären und prognostizieren.

Um welche Vergleiche handelt es sich eigentlich? Die Frage ist berechtigt, da jede strukturelle Bestimmung und jede Veränderung in der sozialen Welt sich im Prinzip nur durch Vergleiche feststellen und analysieren lässt. Was für die Anwendung der vergleichenden Methode in unserem Kontext spezifisch sein kann, bezieht sich auf Vergleiche von Gesellschaften – wie auch immer „Gesellschaft“ zu definieren wäre. Die erste und traditionsreichere Strategie solcher Vergleiche kann auf die Entwicklungsstufen ein und derselben Gesellschaft fokussiert sein. Es geht in solchen Fällen um geschichtliche Vergleiche. Die zweite und mehr und mehr an Bedeutung gewinnende Strategie betont die synchronen Vergleiche von zwei oder mehreren Gesellschaften. Je nach den spezifischen Forschungsaufgaben kann man dabei den Akzent auf wirtschaftliche, politische oder kulturelle Parameter der zu erforschenden Gesellschaften setzen. Je nach den konkreten Forschungszielen werden in methodischer Hinsicht qualitative oder quantitative Methoden vorgezogen. Natürlich sind verschiedene theoretische und methodische Mischformen weit verbreitet.

Die Anziehungskraft der so dargestellten vergleichenden Herangehensweise hat viele Gründe. **Erstens:** Die Ausrichtung der soziologischen Theorieansprüche und der empirischen Forschung auf den Vergleich von Gesellschaften auf ein und derselben begrifflichen wie methodischen Basis berücksichtigt offensichtlich, dass die homogenisierende Globalisierung schon weit fortgeschritten ist und deswegen breit angelegte vergleichende Studien sinnvoll sind. **Zweitens:** Nur durch solche Vergleiche kann man in der Tat Ähnlichkeiten und Differenzen in der Entwicklung von Gesellschaften begründet herausarbeiten. **Drittens:** Die Verlagerung des Schwerpunktes von der Erforschung innergesellschaftlicher Probleme auf die vergleichende Erforschung von Gesellschaften bringt eine theoretische und methodische Erneuerung der Soziologie mit sich und trägt zu einer zukunftssträchtigen beruflichen Qualifizierung

der Soziologen bei. **Viertens:** Die praktischen Schlussfolgerungen von vergleichenden soziologischen Studien erleichtern den Transfer von institutionellen Mustern und prozeduralen Praktiken von Gesellschaft zu Gesellschaft. **Fünftens** und nicht zuletzt gibt es schon internationale Institutionen, die bereit sind, die komplizierte vergleichende Forschung angemessen zu finanzieren – ein typisches Beispiel dafür sind die Forschungsprogramme der Europäischen Union.

Wie sehen diese potentiellen Vorteile der vergleichenden Forschung aus, wenn man die spezifische osteuropäische Situation von raschen und tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen in das Zentrum des Forschungsinteresses stellt?

Die synchronischen Vergleiche osteuropäischer Gesellschaften

Nach zwölf Jahren gesellschaftlicher Transformationen bildet Osteuropa ein sehr heterogenes Forschungsfeld. Die Differenzen in der Region sind weitreichend in allen drei Komponenten des Indexes für menschliche Entwicklung (HDI), der als die soweit zuverlässigste Erfassung von grundlegenden Charakteristika einzelner Gesellschaften angesehen wird. Das gilt besonders für die Unterschiede im Niveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das die stärkste Gewichtung bei der Berechnung des HDI hat. Mit wenigen Ausnahmen (Estland, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) sind die osteuropäischen Länder durch

ein auf die reale Kaufkraft umkalkuliertes BIP pro Kopf (*Purchasing Power Parity*) gekennzeichnet, das unter dem durchschnittlichen Weltniveau von 7.446 US-Dollar oder ungefähr auf diesem Niveau liegt. Nach diesem Parameter liegen Albanien, Armenien, Georgien und Moldawien sogar unter dem Level des BIP eines typischen Entwicklungslandes wie Ägypten. Von einem anderen vergleichenden Blickwinkel gesehen, sind alle osteuropäischen Gesellschaften von dem Niveau des BIP pro Kopf in Österreich sehr weit entfernt. Nach dem Parameter der Alphabetisierungsrate liegen sie aber bei weitem über dem Niveau in Ägypten und nur mit einer Ausnahme (Albanien) praktisch auf einem Niveau mit Österreich. Dieser Unterschied schlägt sich entscheidend auf die Stellung der osteuropäischen Gesellschaften in der weltweiten Rangliste von 173 Gesellschaften nach dem komplexen Index der menschlichen Entwicklung nieder, da sie dort alle vor Ägypten (115) platziert sind (UNDP 2002: 150–152, s. Tabelle 1).

Dieser synchronische Vergleich ist nicht nur wichtig im Kontext der Erfassung der gegenwärtigen Situation osteuropäischer Gesellschaften – z.B. angesichts der Osterweiterung der Europäischen Union. Er ist auch für die geschichtliche Erklärung gegenwärtiger sozialer Situationen aussagekräftig. Man darf die Beweggründe der Unzufriedenheit mit der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung nicht vergessen. Kein Zweifel, sie waren komplex. Es ging um die Verachtung von universellen Menschenrechten wie das Recht auf freie Meinungsäußerung oder Reisefreiheit,

Tabelle 1: Osteuropa in vergleichender Perspektive*

Land	Lebenserwartung	Alphabetisierungsrate	BIP pro Kopf PPP in USD	HDI-Platz
Österreich	78,1	100,0	26.765	15
Ägypten	67,3	55,3	3.635	115
WELTDURCHSCHNITT	68,9	–	7.446	
Albanien	73,2	84,4	3.506	92
Armenien	72,9	98,4	2.559	76
Bulgarien	70,8	98,4	5.710	67
Georgien	73,2	100,0	2.664	81
Estland	70,6	99,8	10.066	42
Kroatien	73,8	98,3	8.091	48
Lettland	70,4	99,8	7.045	53
Litauen	72,1	99,6	7.106	49
Mazedonien	73,1	94,0	5.086	65
Moldawien	66,6	98,9	2.109	105
Polen	73,3	99,7	9.051	37
Rumänien	69,8	98,1	6.423	63
Russische Föderation	66,1	99,6	8.377	60
Slowakei	73,3	100,0	11.243	36
Slowenien	75,5	99,6	17.367	29
Tschechien	74,9	100,0	13.991	33
Ukraine	68,1	99,6	3.816	80
Ungarn	71,3	99,3	12.416	35
Weißrussland	68,5	99,6	7.544	56

* Bosnien und Jugoslawien sind in diesem Vergleich nicht erfasst.

um die Ineffizienz der verstaatlichten Wirtschaft, um die bürokratisierte Politik und vieles mehr. Wenn man aber diese breite Palette von Ursachen auf einer Rangliste darstellen möchte, dann würde die Unzufriedenheit von Millionen von Osteuropäern mit ihrer damaligen materiellen Lage sicherlich die erste Stelle einnehmen. Am Ende der 80er Jahre war sowohl breiten Schichten in Osteuropa als auch den informierten Staats- und Parteifunktionären in der Region klar, dass das Versprechen eines raschen und permanenten Anstiegs des allgemeinen Wohlstands unter den Bedingungen des Staatssozialismus nicht eingehalten werden konnte. Im Gegenteil, in der Region dominierte die alltägliche Erfahrung von stagnierenden Wirtschaften mit einer niedrigen Leistungsfähigkeit. Im Vergleich mit dem bekannten hohen Lebensstandard in Westeuropa und in Nordamerika konnte man keinen mehr überzeugen, dass die Planwirtschaft die effektivere Form der gesellschaftlichen Organisation sei.

Die diachronischen Vergleiche

Das Kernproblem der meisten osteuropäischen Transformationen heutzutage besteht darin, dass die massenhafte verbreitete Erwartung einer schnellen Überwindung des Gefälles im Lebensstandard zwischen West- und Osteuropa in der Realität nicht bestätigt wurde. Im Gegenteil, mit wenigen Ausnahmen haben nach Jahren der Reformtätigkeit die osteuropäischen Gesellschaften immer noch nicht das

Niveau ihres BIP im Jahr 1989 wieder erreicht. Natürlich sind die Errungenschaften in der Demokratisierung der Politik und in der Pluralisierung der Kultur der Region nicht anzuzweifeln oder zu unterschätzen. Die überall in Osteuropa verabschiedeten neuen Verfassungen haben die universellen Menschenrechte als ihren Angelpunkt. Die Medien sind real imstande, die Öffentlichkeit allseitig zu informieren und zur Entwicklung einer demokratisch gesinnten Zivilgesellschaft beizutragen. Die soziale Situation vieler Menschen hat sich allerdings im Vergleich mit 1989 verschlechtert – nicht zuletzt wegen des neuen Risikos der Massenarbeitslosigkeit, das seit Generationen in Osteuropa unbekannt war (UNECE 2002: 162f., s. Tab. 2).

Die Leistung von Polen, Slowenien und Ungarn, das Niveau ihres BIP unter den schwierigen Bedingungen der Reformen zu erhöhen, ist vielversprechend für ihre Integration in die Europäische Union. Die Daten verraten aber in manchen Fällen (Georgien, Moldawien, Ukraine) einen krassen Rückschlag im BIP, der historisch nur als Folge von vernichtenden Kriegen Präzedenzfälle hat. Das Problem des niedrigen Lebensstandards der Bevölkerung osteuropäischer Länder ist allerdings vielschichtiger auch in denjenigen Staaten, die bessere Resultate im Hinblick auf das BIP haben. Vor 1989 waren sie alle egalitäre Gesellschaften mit typischen Gini-Koeffizient-Werten zwischen 0,20 und 0,25. Die als Resultat der Liberalisierung der nationalen Wirtschaften gestiegenen Werte von 0,41 in Bul-

Tabelle 2: Sozialökonomische Entwicklung in Osteuropa 1989–2001

Land	BIP 2001 (1989=100)	Beschäftigte 2001 (1989=100)	Registrierte Arbeitslose 2001 in %
Albanien	109,0	74,3	14,5
Armenien	70,3	79,5	9,8
Bosnien	–	64,6	39,9
Bulgarien	79,5	67,4	17,3
Estland	88,6	68,9	7,7
Georgien	33,3	69,5	–
Jugoslawien	47,9*	80,4	27,9
Kroatien	82,6	82,4	23,1
Lettland	76,2	73,8	7,7
Litauen	70,0	80,0	12,9
Mazedonien	78,6	57,7	42,0
Moldawien	36,0	71,7	1,7
Rumänien	83,5	97,7	8,6
Polen	128,0	88,1	17,4
Russische Föderation	67,4	85,3	8,7
Slowakei	104,5	84,8	18,6
Slowenien	113,6	82,3	11,8
Tschechien	103,3	85,4	8,9
Ukraine	45,4	82,4	3,7
Ungarn	108,2	73,8	8,4
Weißrussland	90,4	85,0	–

* Ohne Kosovo

garien, 0,47 in Russland oder 0,61 in Armenien (The World Bank 2002: 9) zeigen, dass das niedrigere BIP dort ungleichmäßiger verteilt wird, und zwar in einem Maße, wie es für sozialökonomisch gespaltene lateinamerikanische Gesellschaften üblich ist. Dieses Resultat einer Konzentration von Einkommen auf eine kleine Schicht stellt die Perspektive für eine nachhaltige Entwicklung infrage, da sozialökonomisch gespaltene Gesellschaften in der Regel Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Integration haben.

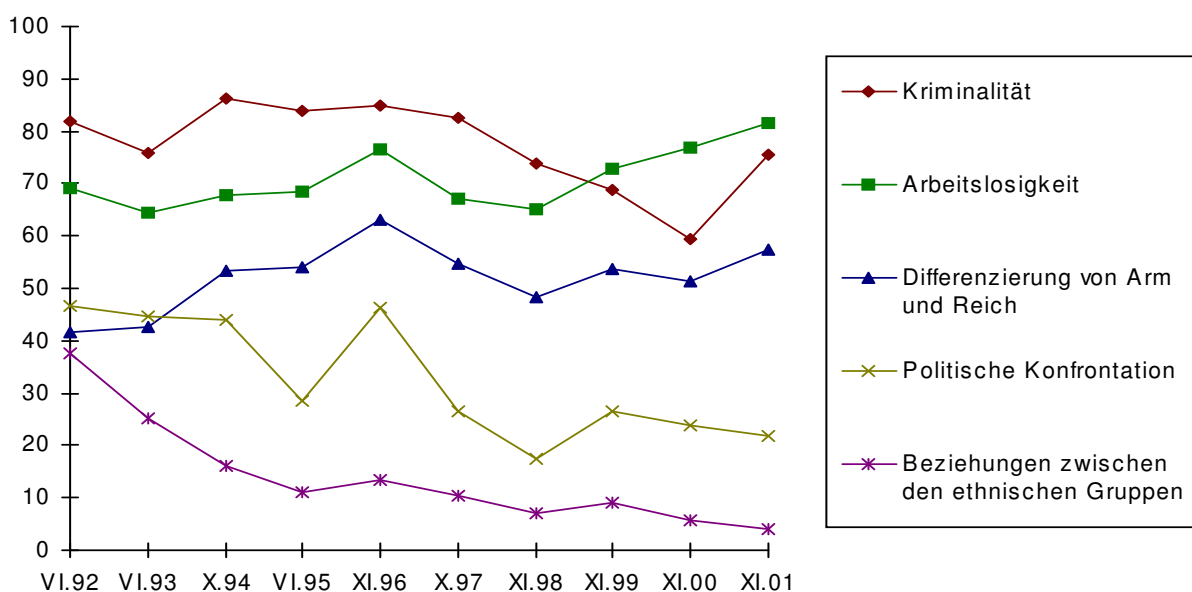
Der Rückgang der Beschäftigung ist teilweise durch die notwendige Rationalisierung von Betrieben bestimmt, die keine überflüssige Arbeitskraft mehr brauchen, um wirtschaftlich effizient zu sein. Zum größten Teil ist die Verminderung der Beschäftigtenzahlen aber durch den Rückgang der Produktion verursacht. Dies ist auch der wichtigste Grund für die hohe Arbeitslosenquote in der Region. Vor allem auf dem Gebiet des früheren Jugoslawiens ist die Arbeitslosigkeit ein sehr schweres Problem. Die niedrigen Prozentsätze der Arbeitslosen in Moldawien, Ukraine oder Russland sollten allerdings nicht täuschen. Sie korrespondieren keinesfalls mit dem Rückgang des BIP. Die Erklärung dieser Diskrepanz liegt in der Sozialpolitik dieser Länder, die immer noch an die Betriebe gekoppelt ist. Deswegen bleiben auch real Arbeitslose formal in den Belegschaften in der Hoffnung, Vergünstigungen und Hilfe über die praktisch nicht funktionierenden Betriebe zu erhalten. Die andere Ursache der Diskrepanz ist die massenhafte Beschäftigung in der Schattenwirtschaft, die mit keinerlei Sozialversicherung verbunden ist und in der staatlichen Statistik nicht registriert wird. Diese Entwicklung der objektiven sozialökonomischen Situation findet ihren

Niederschlag in einer risikobewussten öffentlichen Meinung. Die kumulativen Daten aus den jährlichen nationalen Erhebungen im Rahmen des – vom Autor geleiteten – diachronisch vergleichenden Projekts „Risiken der Transformation“ zeigen das überzeugend (s. Graphik 1).

Diese diachronischen Vergleiche, die auf repräsentativen nationalen Umfragen basieren, sind für die meisten Transformationen in Osteuropa typisch und aufschlussreich. Sie zeigen eine permanente und hohe Intensität von Risiken, die für das einzelne Individuum und für die Gesellschaft von existentieller Bedeutung sind. Das gilt vor allem für die Risiken der Kriminalität und Arbeitslosigkeit. Wie überall in den osteuropäischen Ländern ist Kriminalität in Bulgarien am Anfang der 90er Jahre dramatisch gestiegen. Es gibt zweierlei Gründe dafür. **Erstens** wurden am Anfang der Transformation die staatlichen Sicherheitsorgane intendiert oder nicht intendiert geschwächt. Später wurden ernsthafte Maßnahmen unternommen, diese Institutionen wieder zu stärken. Aber die Kriminalität hatte sich inzwischen organisiert und es wurde immer schwieriger, sie zu bekämpfen. **Zweitens** hat die Transformation übermäßige Erwartungen für eine erfolgreiche Individualisierung in breiten Kreisen hervorgerufen – auch im Sinne einer raschen Steigerung des Lebensstandards. Mit gesetzlich gesicherten Mitteln konnte das unter den Bedingungen eines fallenden BIPs nicht erreicht werden. Offen blieb die Option, illegale Mittel für die Bereicherung oder für das Überleben zu finden. Diese Option hat sich auch materialisiert in den unzähligen Betrugsfällen während des Privatisierungsprozesses bis hin zu den recht gut organisierten Aktivitäten von Gruppen, die durch die Einfuhr und Ausfuhr gestohlener Autos gewaltige Profite erzielen.

Graphik 1: Dynamik der Wahrnehmung von Risiken in Bulgarien 1992–2001

(Nationale Umfragen, Fünf-Punkte-Skala, Position 5 „Sehr schwerwiegendes Problem“, %)



Die diachronischen Daten zeigen allerdings auch, dass die öffentliche Meinung sich schon mit dem Stress der hohen Kriminalität abfindet, und dass die relative Bedeutung der Arbeitslosigkeit als Risiko steigt. Das ist keine spezifische Entwicklung für Bulgarien allein, sondern typisch auch für die meisten anderen osteuropäischen Länder. Die lokale Bedeutung dieses Prozesses besteht aber darin, dass im Fall von Arbeitslosigkeit – und besonders der sehr verbreiteten Langzeitarbeitslosigkeit – die Betroffenen und ihre Familien mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine dauerhafte Misere absteigen.

Wenn man bedenkt, wie schnell sich die Einkommen unter den Bedingungen des Fehlens gesetzlich regulierter Mechanismen gegen schnelle Bereicherung differenziert haben, dann wird ersichtlich, warum die Empfindlichkeit gegenüber der Spaltung in Arm und Reich so intensiv ist. Angesichts der andauernden Verschlechterung des Lebensstandards breiter Schichten in Bulgarien ist es auch nicht verwunderlich, warum die Intensität dieser Empfindlichkeit zunimmt.

Die zwei angegebenen Indikatoren, deren Werte sich beständig vermindern, laden auch zu detaillierten diachronischen Interpretationen ein. Im Unterschied zu den Einschätzungen von Intellektuellen, die immer noch die intensive ideologische wie politische Konfrontation im Lande beklagen, zeigt die breite öffentliche Meinung eine klare Tendenz zu einem Rückgang dieser Intensität. Zwei Interpretationen sind hier zu erwähnen. **Erstens** ist die Tendenz zur Normalisierung der wertnormativen Situation und des institutionellen Netzwerks im Lande auf einer pluralistischen demokratischen Basis offensichtlich. Unter solchen Umständen ist der Rückgang der politischen Konfrontation leicht zu erklären. Die **zweite** Erklärung geht in eine ganz andere Richtung: Die starke organisierte Kriminalität, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung bilden den Hintergrund einer sich in der bulgarischen Gesellschaft verfestigenden Enttäuschung über den Ablauf der Transformation. Sie führt zu politischer Apathie, die sich in einem zunehmenden Mangel an Interesse für die politischen Prozesse manifestiert. Auch diese Entwicklung kann man als eine Normalisierung des politischen Lebens auf einem niedrigen Niveau der politischen Aktivität interpretieren. Die Tendenz birgt aber Gefahren für die demokratische Teilnahme am Entscheidungsprozess und an der Kontrolle der Implementierung politischer Entscheidungen.

Genauso widersprüchlich ist die rapide Abnahme der Empfindlichkeit gegenüber den Risiken, die durch interethnische Spannungen verursacht werden. Die Tendenz ist generell nur zu begrüßen, da die Verhältnisse zwischen den bulgarischen und türkischen Ethnien gerade vor der Wende sehr angespannt waren. Die politischen Gründe dieser Spannung wurden im Laufe der Transformation beseitigt. Die Transformation hat allerdings zu einer umfassenden Marginalisierung der ethnischen Gruppe der Roma geführt. Da der Anteil dieser Gruppe in der Bevölkerung Bulgariens wächst, kann man Spannungen auf dieser Ba-

sis langfristig erwarten. Die sich schnell vermindernde Intensität der Empfindlichkeit gegenüber der interethnischen Problematik kann auch dazu verleiten, die sich so akkumulierenden Spannungen zu übersehen.

Die Suche nach Erklärungsmodellen

Die Vielschichtigkeit der angedeuteten Errungenschaften und Probleme in den osteuropäischen Transformationen macht ersichtlich, warum gerade angesichts dieser Prozesse die Bedeutung der vergleichenden soziologischen Forschung so dramatisch angestiegen ist. Kein Zweifel, die wichtigste bewegende Kraft der Transformationen in Osteuropa ist die Notwendigkeit für die Gesellschaften in der Region, sich an die ablaufende Globalisierung anzupassen. Man müsste also zuerst durch Vergleiche beweiskräftig lokalisieren, wo sie in den Globalisierungsprozessen stehen, damit die Erklärung und Prognose ihrer Entwicklungstendenzen möglich wird. Wenn man dieselbe Problematik von dem Standpunkt der gesellschaftlichen Vergleiche in der Region selbst betrachtet, merkt man gleich, dass sich die Geschwindigkeit und die Effekte der Anpassung verschiedener osteuropäischer Gesellschaften an die globalen Prozesse beträchtlich unterscheiden. Damit die Erfolge oder Misserfolge einzelner Gesellschaften in dieser Anpassung adäquat erklärt werden können, muss man die Ähnlichkeiten und Unterschiede einzelner Transformationsprozesse herausarbeiten. Diese Forschungsarbeit ist eine unentbehrliche Bedingung für die Steigerung der Qualität der soziologischen Forschung in der Region. Und sie trägt zur Rationalisierung des praktischen Entscheidungsprozesses aller Akteure bei, die in die osteuropäischen Transformationen involviert sind.

Die Frage stellt sich allerdings anders, wenn man den Versuch unternimmt, die begrifflichen Grundlagen der Vergleiche transparent zu machen. Bei einem solchen Anspruch stellt sich schnell heraus, dass auch interessante und weiterführende Vergleiche in der Tat keinen durchdachten begrifflichen Rahmen haben oder oft auf *ad hoc* erarbeiteten Begriffen basieren. Das mindert ihren Wert für die kumulative Entwicklung der soziologischen Erkenntnis beträchtlich. Deswegen hängt die Zukunft der vergleichenden soziologischen Erforschung osteuropäischer Transformationen sehr davon ab, wie die schon angesammelten empirischen Informationen begrifflich verarbeitet und wie die neuen empirischen Studien theoretisch geleitet werden. Eine produktive Perspektive sieht man in beiden Richtungen der Anwendung des begrifflichen Rahmens von globalen sozialen Trends (Genov 1999).

Die Liberalisierung von Handelspreisen, Devisenkursen, des Außenhandels usw. schon am Anfang der Reformen in den osteuropäischen Ländern – wie die Privatisierungswelle etwas später – signalisierten klar und eindeutig den Triumph liberaler Marktprinzipien. Ihr Wesen lässt sich unschwer zusammenfassen: Denken und Handeln fokussiert auf Akkumulation und Investition von Profit. Dieser kann allerdings nur selten, wenn überhaupt, als letzter Wert

gelten. Genauer gesagt, ist Profit unter normalen Umständen nur ein Mittel dafür, andere Ziele zu erreichen. Deswegen lässt sich die globale Tendenz zur Verbreitung des Geltungsbereiches von Marktprinzipien nach Osteuropa als ein Triumph des **instrumentellen Aktivismus** (der auf Profit ausgerichtet ist) deuten. Das ist zweifellos ein globaler Trend, dessen Behauptung mit einer Steigerung der Produktivität, der allgemeinen wirtschaftlichen Effizienz wie des Wohlstands breiter Schichten verbunden ist. Das besagt zumindest die Entwicklung der Gesellschaften im Zentrum der modernen Zivilisation – in Westeuropa und Nordamerika.

Die weltweite Verbreitung des auf Profit ausgerichteten instrumentellen Aktivismus hat allerdings Folgen, die aus wirtschaftlichen wie ethischen Gründen fragwürdig erscheinen. Dazu gehören die Rücksichtslosigkeit bei der Nutzung von natürlichen und sozialen Ressourcen und die verkürzte Zeitperspektive der Einschätzung sowie des Managements unerwünschter Konsequenzen des wirtschaftlichen Handelns. Man zählt zu solchen Folgen unter anderem die weitreichende Differenzierung von Eigentum und Einkommen, besonders wenn diese Differenzierung zu einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Marginalisierung breiter Schichten führt.

All diese Voraussetzungen und Auswirkungen des instrumentellen Aktivismus sind schon mehrfach problematisiert worden, da sie zur Abweichung von den Prinzipien der **nachhaltigen Entwicklung** führen. Die Erfahrung aus den Transformationen in Osteuropa spricht in dieser Hinsicht eine sehr klare Sprache. Die Marginalisierung breiter Gruppen, die tiefgreifenden Probleme der lokalen Forschung und Entwicklung sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens, die Belebung von ethnischen und religiösen Gegensätzen in der Region sind Prozesse, die auch langfristig Anpassungsschwierigkeiten an globale Trends verursachen werden. Die zukunftssträchtigste Lösung wäre eine sorgfältige Balance zwischen der Verbreitung und Stärkung des instrumentellen Aktivismus und der praktischen Beachtung der Imperative der nachhaltigen Entwicklung.

Eine Voraussetzung für diese existenziell wichtige Balance wäre die fortschreitende **Rationalisierung von organisatorischen Strukturen und Funktionen** in den osteuropäischen Ländern. Tatsächlich ist dieser Prozess so umfassend und von solcher tiefgreifenden Bedeutung, dass man ihn als globalen Trend begrifflich erfassen kann. Die Transformationen in Osteuropa haben mit der Anpassung an diesen Trend viel zu tun. Manche Gesellschaften in der Region sind effektiver in der Übernahme von rationalisierten Mustern in ihrer Organisation von Wirtschaft, Politik und Kultur. Wegen technologischer oder wirtschaftlicher Rückständigkeit und traditioneller Organisationsformen von Politik und Kultur haben andere osteuropäische Gesellschaften beträchtliche Schwierigkeiten, sich den modernen Organisationsmustern anzupassen. Als Resultat entstehen dort unter dem Anpassungsdruck und dem Einfluss des instrumentellen Aktivismus **organisatorische**

Pathologien, die den Prozess der organisatorischen Rationalisierung unterminieren. Dazu gehören die kriminellen Tendenzen bei der Privatisierung, die verbreitete Korruption unter den schlecht bezahlten staatlichen Beamten wie die sich ständig wiederholenden Versuche, die organisatorischen Probleme durch bürokratische Intransparenz zu verschleiern und nicht durch Steigerung der Effizienz zu lösen. Solche organisatorische Pathologien stellen ein universelles Problem dar. Es wird in Osteuropa allerdings durch die Gleichzeitigkeit von tiefgreifenden Veränderungen in allen Sphären des sozialen Lebens verschärft sowie durch Fehler in der organisatorischen Rationalisierung. Die Lösung wäre also die permanente Wachsamkeit gegenüber möglichen Ursachen organisatorischer Pathologien und potentieller pathologischer Effekte der organisatorischen Rationalisierung. Max Weber hat klassische Warnungen dazu herausgearbeitet, die in der Interpretation und Leitung osteuropäischer Transformationen beachtet werden sollten.

Sowohl die Verbreitung des instrumentellen Aktivismus als auch die organisatorische Rationalisierung in Osteuropa setzen die Mitwirkung von Individuen voraus, auf die sie aber auch vielseitige Auswirkungen haben. Die Osteuropäer haben diesen Prozess massenhaft als eine seltene historische Chance zur Erweiterung der Möglichkeiten für individuelle Entwicklung und Selbstverwirklichung begriffen, als die Öffnung eines *window of opportunities*. Von der anderen Seite her gesehen sind in einer sehr kurzen Periode die individuellen Kapazitäten, diese neuen Möglichkeiten wahrzunehmen, in der Region beträchtlich gestiegen. So liefern die osteuropäischen Transformationen typische Beispiele für eine beschleunigte **Individualisierung**. Mit verschiedenen nationalen und regionalen Ausprägungen hat dieser Prozess globale Dimensionen. Er ist in allen gegenwärtigen Gesellschaften zu beobachten. Er hat aber sehr spezifische Züge in Osteuropa, das lange Zeit von einer kollektivistischen Ideologie und Politik dominiert war. Deswegen setzt sich dieser globale Trend in der Region sehr oft auf Kosten kollektiver Interessen und des **Gemeinwohls** durch. Das lässt sich besonders deutlich an den kriminellen Varianten der Privatisierung oder an dem rapiden Anstieg der allgemeinen Kriminalität feststellen. Andererseits haben die kollektiven Formen der Risikobewältigung in der Region sehr stark an Effektivität eingebüßt. So stellt sich heutzutage überall in Osteuropa die dringende Frage, wie die Erweiterung der Handlungsspielräume für Individuen mit einer Revitalisierung der Idee und der praktischen Handlungsstrategien des Gemeinwohls wieder in Einklang zu bringen ist, und wie ihre Einheit kognitiv, moralisch und emotional zu festigen wäre. Diese Aufgaben haben eine strategische Bedeutung, da sie mit der Integration und mit dem Innovationspotential der osteuropäischen Gesellschaften sehr viel zu tun haben.

Die Ausbalancierung von individuellen Interessen mit den Bedingungen und Organisationsformen des Gemeinwohls

stellt sich in der osteuropäischen Region als eine Aufgabe im Kontext eines im Wesentlichen schon vollzogenen Wandels ihrer kulturellen Basis. Weder in der offiziellen Ideologie noch im Massenbewusstsein stellt ein Kollektiv – Gesellschaft, Partei oder Staat – die Leitidee für das Handeln von Massen dar. Ganz im Gegenteil, die neuen Verfassungen und die institutionelle Praxis in der Region haben schon eine andere Dominante – die universellen Rechte des menschlichen Individuums. So hat sich auch in Osteuropa auf dieser Basis der globale Trend der **Universalisierung von wertnormativen Systemen** im wesentlichen durchgesetzt. Gerade in dieser Region konnte man aber im Laufe der 90er Jahre vielfältige Abweichungen von diesem Trend feststellen. Ethnische und religiöse Konfrontationen auch in der Form von Kriegshandlungen auf dem Gebiet des früheren Jugoslawiens und der früheren Sowjetunion haben klar gezeigt, dass der globale Trend einer wertnormativen Universalisierung Hand in Hand mit Erscheinungsformen des **wertnormativen Partikularismus** geht. Das Gleichgewicht zwischen der Universalisierung und Differenzierung von wertnormativen Systemen erweist sich als permanent problematisch auch in den bestintegrierten und funktionierenden Gesellschaften. Diese Aufgabe wird die Konsolidierung der osteuropäischen Transformationen auch weiterhin begleiten.

Mit der Tiefe und Geschwindigkeit der ablaufenden Veränderungen, mit dem breiten Spektrum von Ähnlichkeiten und Differenzen der Gesellschaften in der Region und mit der weltweiten Bedeutung der regionalen Prozesse stellt Osteuropa heutzutage den Idealfall für vergleichende soziologische Studien dar. Der Erkenntnisgewinn wird maxi-

miert, wenn bewusst empirische Forschung mit Bemühungen verbunden wird, adäquate theoretische Erklärungsschemata zu entwickeln und anzuwenden. Das ist keine Aufgabe, die ein für allemal gelöst werden kann. Im Gegenteil: Der rasche soziale Wandel in der Region wie weltweit bedingt, dass die Soziologen permanent vor diese Aufgabe gestellt werden. Die Erfahrung aus den vergleichenden Studien osteuropäischer Transformationen trägt schon jetzt dazu bei, die künftigen kognitiven wie praktischen Herausforderungen an die Soziologie rechtzeitig zu erkennen und effektiver zu bewältigen. Das gilt für die Erforschung der Beziehungen von Handlung und Struktur, Akteuren und Institutionen, von Prozessen auf Mikro-, Meso- und Makroebene des sozialen Lebens, aber auch für die Visionen, wie diese Beziehungen zu gestalten und zu leiten wären.

Nikolai Genov ist Universitätsprofessor für Soziologie am Osteuropa-Institut und am Institut für Soziologie der FU Berlin.

Literatur

- Genov, Nikolai (1999): *Managing Transformations in Eastern Europe*. Paris und Sofia, UNESCO/MOST und REGLO.
- Inkeles, Alex; Sasaki/Masamichi, Hrsg. (1996): *Comparing Nations and Cultures*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) (2002): *Economic Survey of Europe*. Genf und New York.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2002): *Human Development Report*. New York und Oxford: Oxford University Press.
- The World Bank (2002): *Transition. The First Ten Years*. Washington, D.C.: The World Bank.